

Sch. Tageblatt

Mi 6. März 2013

Schenefelds CDU gegen weitere Neubaugebiete

SCHENEFELD Die Schenefelder CDU hat sich in ihrem Wahlprogramm einstimmig dafür ausgesprochen, in den kommenden fünf bis zehn Jahren keine neuen Wohnbauflächen mehr in der Stadt auszuweisen. Damit ist für die Christdemokraten auch

der Plan vom Tisch, die Wohnbebauung in den bisherigen Landschaftsschutzgebieten teilweise zu ermöglichen. „Diesen Streit müssen wir jetzt nicht führen“, sagte gestern CDU-Fraktionschef Hans-Jürgen Rüpcke. **Seite 3**

CDU: Finger weg von Schutzgebieten

Christdemokraten wollen keine neuen Wohnbauflächen mehr ausweisen

SCHENEFELD Das ist eine faustdicke Überraschung: Die Christdemokraten verabschieden sich von dem Vorhaben, in Zukunft auch im Landschaftsschutzgebiet Wohnbauflächen ausweisen zu können. Der radikale Kurswechsel ist vollzogen. Die CDU hat in ihrem Wahlprogramm unter Punkt eins am Montagabend einstimmig beschlossen, überhaupt keine neuen Wohnbauflächen mehr in der Stadt auszuweisen. Laut CDU ist ein neuer Flächennutzungsplan für Schenefeld damit nicht mehr erforderlich. Die Neuaufstellung wurde im Januar 2012 auch mit den Stimmen der CDU beschlossen.

Die Christdemokraten sprechen sich auch klar gegen den Bau von weiteren So-

zialwohnungen aus und lehnen eine massive Nachverdichtung im Bestand ab. „750 neue Wohneinheiten bis 2015: Die Ziele aus dem Stadtentwicklungskonzept



„Für fünf bis zehn Jahre brauchen wir keine neuen Baugebiete.“

Hans-Jürgen Rüpcke
CDU-Fraktionschef

werden wir mit den geplanten Neubaugebieten erreichen“, erklärte CDU-Fraktionschef Hans-Jürgen Rüpcke. Weitere Flächen im Landschaftsschutzgebiet werden demnach nicht benötigt. Laut Rüpcke sollte es jetzt eine Phase der Konsolidierung geben. „Fünf bis zehn Jahre brauchen wir keine neuen Wohngebiete. Den Streit um die Landschaftsschutzgebiete müssen wir nicht jetzt führen.“

Die geplante Bebauung im bisherigen Landschaftsschutz: Kein Thema hat Schenefeld in den vergangenen beiden Jahren so stark polarisiert. Die Bürgerinitiative (BI) „Wohnqualität im

Grünen“ sammelte 2538 Stimmen, um dieses Vorhaben per Bürgerentscheid zu stoppen. Als der Kreis das Volksbegehren für unzulässig erklärte, reichte die BI Klage ein. Von der jüngsten Entwicklung wurden auch die BI-Mitstreiter überrascht. „Wir sind sprachlos. Wir begrüßen es sehr, dass sich die CDU unseren Forderungen anschließt“, erklärte gestern BI-Sprecher Rüdiger von Ancken.

CDU-Ratsherr Hans-Detlef Engel hat schon gestern in seinem Wahlkreis die neuen Einsichten auf einem DIN-A4-Zettel in den Briefkästen verteilt. „Ich glaube, dass nach vielen Jahren hektischen Wachstums in unserer Stadt eine Phase der Ruhe einkehren sollte, um die beschauliche Qualität des Wohnens am Rande der Metropole Hamburg auf Dauer zu sichern“, formuliert Engel den Standpunkt der CDU.

Eine Option hält sich die Partei aber offen. Gewerbeflächen auszuweisen, auch im Landschaftsschutzgebiet. Rüpcke: „Das wird aber erst ab 2015 aktuell, wenn XFEL an den Start geht.“

Christian Brameshuber



Streitfall Landschaftsschutzgebiet: Die CDU hat sich jetzt klar positioniert.

BRH